

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
1. Problemaufriss	17
2. Die Problematik des Regionalismus im GATT/WTO-System	23
2.1 Vorbemerkungen	24
2.2 Regionale Präferenzabkommen im GATT/WTO-Recht – der allgemeine rechtliche Rahmen	25
2.2.1 Ausgangslage	25
2.2.2 Die Entstehungsgeschichte von Art. XXIV GATT	25
2.2.3 Art. XXIV als „Regionalausnahme“	28
2.2.4 Die Meistbegünstigungsverpflichtung und Art. XXIV	31
2.2.5 Zum Inhalt des Art. XXIV	34
2.2.6 Absatz 4 des Art. XXIV	35
2.2.7 Die Zollunion	37
2.2.8 Freihandelsabkommen	45
2.2.9 Das Interimsabkommen	46
2.2.10 Notifikationspflichten	48
2.2.11 Wirtschaftliche Integration im Rahmen des GATS	50
2.2.12 Regionale Integration und die Entwicklungs- problematik	51
2.3 Vom „alten“ Regionalismus zum „neuen“ Regionalismus – Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Regionalismus durch und für die EG	55
2.4 Eine Gesamtbewertung der regionalen Integrationsbestrebungen	67
2.4.1 Die rechtliche Situation	67
2.4.2 Eine wirtschaftliche Beurteilung regionaler Integrationsprozesse	72
2.4.3 Die Haltung der EU	75
2.4.4 Gesamtbewertung	76
2.5 Abschließende Bemerkungen	79
3. Die Frage der Vereinbarkeit der EWG mit dem GATT-Recht	80
3.1 Die Prüfung der GATT-Kompatibilität der EWG	80
3.2 Die Kriterien zur Beurteilung der GATT-Konformität von regionalen Integrationszonen im Allgemeinen und der EWG im Besonderen – Ausgangslage und gegenwärtige Situation	83
3.3 Die Beurteilung der schrittweisen Erweiterung der EWG	92
3.4 Die Präferenzabkommen der EG bzw. der EU	99

4. Rechtsposition und Handlungskompetenz der E(W)G in der multilateralen Handelsordnung – Zu einzelnen Ansätzen für die Begründung von Mitgliedschaftsrechten der EWG im GATT	107
5. Das WTO-Abkommen als gemischter Vertrag – die Außenwirtschaftskompetenzen der Gemeinschaft	116
5.1 Die gemischten Verträge: Grundlagen, aktuelle Probleme, Perspektiven	117
5.1.1 Grundlagen	117
5.1.2 Die Auslegung gemischter Verträge	120
5.1.3 Die Verantwortlichkeit für die Vertragserfüllung	124
5.1.4 Streitbeilegung im Rahmen der gemischten WTO-Mitgliedschaft	129
5.2 Die Vertragsbeziehungen innerhalb der Gemeinschaftsgruppe – der Mox-Plant-Fall	134
5.2.1 Die Rolle des Völkerrechts innerhalb der Unionsgruppe	136
5.3 Die Abgrenzung der Handlungskompetenzen der EWG gegenüber jenen der Mitgliedstaaten – die Entwicklung bis zum Abschluss der Uruguay-Runde	137
5.4 Exkurs: Das System der Außenkompetenzen der Union	142
5.4.1 Die Begründung der Außenkompetenzen der Union	142
5.4.2 Ausschließliche und „geteilte“ Kompetenzen	148
5.5 Die Diskussion um die Reform der Bestimmungen zur gemeinsamen Handelspolitik im Rahmen der Verhandlungen zum Vertrag über die Europäische Union	157
5.6 Der Ratifikationsprozess zum EU-Vertrag und das sog. Maastricht-Urteil	161
5.7 Das Gutachten 1/94	162
5.7.1 Die Vorgeschichte	162
5.7.2 Der Inhalt des Gutachtens 1/94	165
5.7.2.1 Der Gutachtensantrag und das Ergebnis	165
5.7.2.2 Zur Zuständigkeit zum Abschluss der multilateralen Handelsübereinkünfte	166
5.7.2.3 Eine Würdigung des Gutachtens 1/94	173
5.7.2.4 Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten und der Union zur Kooperation	181
5.8 Die nachfolgende Entwicklung	185
5.8.1 Erste Präzisierungen	185
5.8.2 Die „Open Skies“-Urteile und das „Lugano“-Gutachten	188
5.8.2.1 Die „Open Skies“-Verfahren	188
5.8.2.2 Das „Lugano“-Gutachten	193
5.9 Die Weiterentwicklung der außenhandels- bzw. außenwirtschaftlichen Kompetenzen nach dem Gutachten 1/94	198

5.9.1	Der Vertrag von Amsterdam	198
5.9.2	Der Vertrag von Nizza	200
5.10	Der Vertrag von Lissabon	205
5.10.1	Grundlegender Regelungsgehalt	207
5.10.2	Ziele	209
5.10.3	Die Vertragsabschlusskompetenzen gemäß Art. 216 Abs. 1 AEUV	215
5.10.4	Inhalte – unter besonderer Berücksichtigung des Gutachtens 2/15 („Singapur-Gutachten“)	218
5.10.5	Die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments – die „Demokratisierung“ der EU-Außenhandelspolitik	234
5.10.6	Konkrete Praxis des EP	243
5.10.7	Weitere Klärungen durch den EuGH nach dem „Singapur“-Gutachten 2/15 – unter besonderer Berücksichtigung des „Achmea“-Urteils	248
6.	Instrumente zur Schaffung von Transparenz – unter besonderer Berücksichtigung des handelspolitischen Überwachungs- mechanismus (Trade Policy Review Mechanism – TPRM)	251
6.1	Allgemeines	251
6.2	Die Überprüfung der EU	253
6.3	Einzelne Prüfungsergebnisse	254
6.3.1	Der Bericht des Jahres 1995	254
6.3.2	Der Bericht des Jahres 1997	256
6.3.3	Der Bericht des Jahres 2000	257
6.3.4	Der Bericht des Jahres 2002	258
6.3.5	Der Bericht des Jahres 2004	258
6.3.6	Der Bericht des Jahres 2007 – unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsproblematik	259
6.3.7	Die Berichte aus 2011, 2013, 2015 und 2017	265
6.4	Gesamtbeurteilung	265
6.5	Das Transparenzprinzip und die „neue Marktzugangsstrategie“	267
7.	Die Frage der unmittelbaren Anwendung bzw. unmittelbaren Geltung des GATT/WTO-Rechts in der EG	272
7.1	Der Zugang zu dieser Problematik und ihre Abgrenzung	272
7.2	Zu den einzelnen Begriffen	275
7.3	Die Ablehnung der unmittelbare Anwendbarkeit des GATT-Rechts im Fall „International Fruit“	280
7.4	Begrenzte Ausnahmen: die Fediol- und die Nakajima- Rechtsprechung	282

7.5	Die unmittelbare Anwendbarkeit von Bestimmungen völkerrechtlicher Abkommen in der EG außerhalb des GATT/WTO-Bereichs	287
7.6	Die Geltung des GATT-/WTO-Rechts im Gemeinschaftsrecht/ Unionsrecht	293
	7.6.1 Allgemeines	293
	7.6.2 Monismus, Dualismus und Inkorporationstechniken	295
	7.6.3 Die Inkorporation des GATT-/WTO-Rechts	299
7.7	Das EuGH-Urteil vom 5. Oktober 1994 im Bananen-Streitfall	301
	7.7.1 Ausgangslage	301
	7.7.2 Das Verfahren	302
7.8	Das Verfahren Portugal gegen Rat: Ausschluss der unmittelbaren Wirkung auch des WTO-Rechts	303
7.9	Das Verfahren Niederlande gegen Parlament und Rat	307
7.10	Die Rechtssache „Biret“	308
7.11	Die Rechtssache „Van Parys“	313
7.12	Die weitere Entwicklung: Zwischen Haftung ohne rechtswidrigem Verhalten und völliger Relativierung der Bindungswirkung von DSB-Entscheidungen	315
7.13	Sonderfall TRIPs-Abkommen: Die Frage der unmittelbare Anwendbarkeit des WTO-Rechts und der WTO-konforme Auslegung des EU-Rechts	322
7.14	Der Bananen-Streitfall	331
	7.14.1 Vorbedingungen	332
	7.14.2 Die Anfänge des Rechtsstreits	332
	7.14.3 Die Verordnung Nr. 404/93	336
	7.14.4 Das Verfahren vor dem EuGH und die weitere Entwicklung	339
	7.14.5 Die Panelverfahren im Bananenstreit, „Banana I, II und III“	339
	7.14.5.1 „Banana I und II“	339
	7.14.5.2 „Banana III“	342
	7.14.6 Die nationalen Verfahren im Dialog mit dem EuGH	347
	7.14.7 Die Fortsetzung des Bananenstreits im Dialog zwischen deutschen Gerichten und EuGH	348
	7.14.7.1 Vorbemerkung	348
	7.14.7.2 Die „Atlanta“- und „Port“-Urteile	349
	7.14.8 Das „Chiquita“-Urteil (Urteil vom 12.12.1995 – Rs. C-469/93; Amministrazione delle finanze dello Stato gegen Chiquita Italia SpA	357
	7.14.9 Kann das GATT/WTO-Recht über das Verfassungsgericht national zur Anwendung kommen?	360

7.14.9.1	Kommt dem Allgemeinen Abkommen ein Anwendungsvorrang auf der Grundlage des Art. 351 AEUV (früher 307 bzw. 234 EGV) zu?	361
7.14.9.2	Kann das Allgemeine Abkommen über einen grundrechtlichen Ansatz zur Anwendung kommen? – Der Bananenmarktordnungs-Beschluss v. 7. Juni 2000 sowie die Revisionsentscheidung BFH v. 23.2.2010	365
7.14.10	Abschließende Bemerkungen zum Bananenstreit	370
7.15	Der Hormonstreitfall	375
7.15.1	Voraussetzungen	375
7.15.2	Die widerstreitenden Positionen	376
7.15.3	Die Anfänge des Hormonstreits	377
7.15.4	Der Panelbericht 1996 und die Entscheidung der Berufungsinstanz 1998	380
7.15.5	Der weitere Verlauf des Hormonstreits	381
7.15.6	Schlussbemerkungen zum Hormonstreit	384
7.16	Die unmittelbare Anwendung des GATT/WTO-Rechts: eine zusammenfassende Betrachtung	386
7.16.1	Vorbemerkungen	386
7.16.2	Die unmittelbare Wirkung des GATT-Rechts	387
7.16.3	Grundlagen	387
7.16.4	Ist das Freihandelssystem überhaupt noch das überlegene Modell?	390
7.16.5	Die Entwicklung der Freihandelsidee unter besonderer Berücksichtigung der Positionen der Neuen Politischen Ökonomie	391
7.16.6	Erziehungszollargument, Optimalzolltheorie und strategische Außenhandelstheorie	397
7.16.7	Der „psychologische“ Ansatz	403
7.16.8	Die „kulturelle“ Ausnahme	404
7.16.9	Besteht ein Grundrecht auf Außenhandelsfreiheit? Als Gegenpol zu einer dirigistischen Industriepolitik?	407
7.16.10	Soll die Außenhandelsliberalisierung nötigenfalls auch einseitig erfolgen?	418
7.16.11	Die unmittelbare Anwendung der WTO-Bestimmungen ..	422
7.16.12	Reziprozität vs. Gleichgewicht der Rechte und Verpflichtungen	430
7.16.13	Die Natur des WTO-Streitbeilegungssystems	437
7.16.14	Eine Differenzierung der Debatte nach Maßgabe des handelspolitischen Gewichts der WTO-Mitgliedstaaten ...	446

7.16.15	Ein privatrechtlicher Beitrag zur Diskussion um die unmittelbare Anwendbarkeit des WTO-Rechts	450
7.16.16	Abschließende Bemerkungen zur Frage der unmittelbaren Wirkung des WTO-Rechts	452
8.	Schlussbemerkungen: Die Forderung nach mehr Transparenz als entscheidender Problemlösungsschlüssel	461
	Literaturverzeichnis	483
	Stichwortverzeichnis	513